

From: Artur Stempel
To: Kati Stephan
Sent: Monday, January 24, 2011 10:06 AM
Subject: Antwort: Ihr Schreiben vom 30. November 2010 - offener Brief

Sehr geehrte Frau Stephan,

vielen Dank für Ihr erneutes Schreiben zum o. g. Thema.

Selbstverständlich haben wir vollstes Verständnis für Ihren Unmut über die derzeitige Situation. Wir hatten Ihnen die Hintergründe ausführlich dargelegt und dabei auch deutlich gemacht, dass die Deutsche Bahn AG hier nur begrenzt Einfluss auf die Beschaffenheit der von anderen Eisenbahngesellschaften eingesetzten Züge hat. Rechtlich gibt es hier für uns keine Möglichkeit, eine Änderung durchzusetzen. Wir schrieben Ihnen auch, dass wir das Thema weiterverfolgen werden.

Nach § 10 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes haben wir Reisende zu befördern, wenn diese sich an die Beförderungsbedingungen halten und die Beförderung mit regelmäßig verkehrenden Verkehrsmitteln möglich ist. Ist dies nicht möglich, besteht grundsätzlich kein Beförderungsanspruch.

Die Eisenbahnen sind auch nach der Fahrgastrechteverordnung (EG VO 1371/2007) nicht verpflichtet, andere Verkehrsmittel einzusetzen, soweit die Bestimmungen der TSI PRM eingehalten werden. Das bedeutet für den vorliegenden Fall: Wenn beispielsweise die Tschechische Staatsbahn neue Fahrzeuge auf der Strecke zwischen Dresden und Berlin einsetzt, müssen diese Fahrzeuge auch über die erforderlichen Merkmale der Barrierefreiheit verfügen. Altfahrzeuge müssen jedoch nicht ersetzt oder umgebaut werden.

Die von Ihnen vermutete Diskriminierung können wir für den vorliegenden Fall nicht feststellen, denn eine Diskriminierung liegt nicht per se in jeder Ungleichbehandlung, sondern in einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung. An einer solchen fehlt es hier.

Im Fall der Reisen von behinderten Menschen kommt es entscheidend darauf an, ob die Reisenden trotz ihrer Behinderung Fahrten mit der Eisenbahn so freizügig unternehmen können wie Reisende ohne eine Behinderung - oder ob gerade wegen der Art der Behinderung besondere Reisevorbereitungen und -vorkehrungen zu treffen sind.

So wird ein ertaubter Reisender im Regelfall ohne fremde Hilfe einen Zug besteigen können, so dass es eine Schikane darstellen würde, würde die Deutsche Bahn an seine Reise andere Anforderungen stellen als an die eines hörenden Reisenden. Anders liegt der Fall bei Fahrgästen im Rollstuhl: Diese sind aufgrund ihrer Behinderung gerade leider nicht in der Lage, in einen beliebigen Wagen einzusteigen und einen Sitzplatz einzunehmen. Vielmehr müssen Türbreiten, Gangbreiten, Wendemöglichkeiten, Stellflächen für den Rollstuhl und ein barrierefrei nutzbarer Sanitärraum verfügbar sein.

Natürlich wird der Fahrgast im Rollstuhl damit anders behandelt als der Reisende, der keiner Einstiegshilfe bedarf. Aber: In diesem Fall liegt allein in der Ungleichbehandlung des Fahrgasts im Rollstuhl gegenüber demjenigen ohne Rollstuhl keine Diskriminierung. Diese an und für sich selbstverständliche Überlegung hat der Gesetzgeber in § 20 (1) des AGG zur Vermeidung von Zweifelsfällen auch noch gesondert festgeschrieben:

§ 20 Zulässige unterschiedliche Behandlung

(1) Eine Verletzung des Benachteiligungsverbots ist nicht gegeben, wenn für eine unterschiedliche Behandlung wegen der Religion, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Identität oder des Geschlechts ein sachlicher Grund vorliegt. Das kann insbesondere der Fall sein, wenn die unterschiedliche Behandlung

1. der Vermeidung von Gefahren, der Verhütung von Schäden oder anderen Zwecken vergleichbarer Art dient,
2. dem Bedürfnis nach Schutz der Intimsphäre oder der persönlichen Sicherheit Rechnung trägt,

...

Ich kann Sie daher nur erneut um Verständnis bitten, dass eine Abhilfe durch die Deutsche Bahn derzeit leider nicht möglich ist. Gerne habe ich die zuständigen Kollegen gebeten, den Sachverhalt und die hieraus resultierende Problematik im Rahmen der nächsten Fahrplankonferenz nochmals an die tschechischen und ungarischen Bahnen heranzutragen

Mit freundlichen Grüßen

Artur Stempel
Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Sachsen (GL SN)

Deutsche Bahn AG
Brandenburger Straße 3a, 04103 Leipzig
Tel. 0049 341-968 3300, Fax -3301, intern 927-
Mobil: 0160 97443100

Der DB-Konzern im Internet >> <http://www.deutschebahn.com>

Sitz der Gesellschaft: Berlin
Registergericht: Berlin-Charlottenburg, HRB 50 000
USt-IdNr.: DE 811569869
Vorstand: Dr. Rüdiger Grube (Vorsitzender), Gerd Becht, Dr.-Ing. Volker Kefer, Dr. Richard Lutz, Ulrich Weber
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr. Utz-Hellmuth Felcht